

# JÜDISCHE ALLGEMEINE

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK, KULTUR, RELIGION UND JÜDISCHES LEBEN



BERLIN, DEUTSCHLAND 31. JANUAR 2008

## VERWANDT Seite 9

Begleitumstände: Mit dem Schauspieler Ilja Richter bei alten Freunden in der rheinischen Provinz

## VERÄNGSTIGT Seite 15

Kapital und Kapitalismus: Was ein Rabbiner von der Schließung des Nokia-Werks in Bochum hält



63. JAHRGANG NR. 5 A 1107

## ! EINSPRUCH !

**Hannes Stein hat einen Vorschlag für die Zukunft des Gasastreifens**

Man kann mir ja einen vom Pferd erzählen, meinestwegen auch vieles vom Araberhengst. Folgendes aber glaube ich eher nicht: Dass die Israelis nicht mitbekommen hätten, dass die Palästinenser in Hamastan – das in der Weltpresse seltsamerweise immer noch „Gasastreifen“ genannt wird – einen Ausbruch in Richtung Ägypten planen. Natürlich wussten sie. Und sie haben die Jungs in aller Seelenruhe machen, feilen und buddeln lassen. Warum nur?

Wer die Motivation verstehen will, sollte sich von einer netten Politphrase verabschieden: „zwei Staaten für zwei Völker“. Nein, chabibi! Es wird im Nahen Osten keinen Palästinenserstaat geben. Wie sollte er auch funktionieren, wenn Tulkarem, Nablus, Ramallah und Gaza-Stadt von jungen Männern überlaufen sind, denen niemand – nicht Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, nicht die Knesset, nicht die USA und schon gar nicht die Europäische Union –, wirklich niemand Arbeitsplätze, Lohn und Ehre in Aussicht stellen kann? Das heißt aber: Israel wird sich auf Grenzen zurückziehen, die es für verteidigbar hält, und auf das Beste hoffen.

Das Beste wäre, wenn der Gasastreifen an Ägypten zurückfiele und das haschemitische Königreich künftig jenen Teil des Westjordanlandes kontrolliert, den Israel irgendwann räumen wird. Folglich hat Israel zunächst einmal ein vitales Interesse daran, dass Hamastan zum ägyptischen Problem wird. Will sagen, wenn die Grenze zu Ägypten bricht, ist das gar nicht verkehrt. Die ägyptische Diktatur begegnet in der Hamas ja ihrer eigenen fundamentalistischen Opposition, der Muslimbrüderschaft. Eher früher als später wird sie sich damit auseinandersetzen müssen – nicht aus Liebe zu Israel, sondern weil Hosni Mubarak und Genossen gar keine andere Wahl bleibt.

Sollte Ägypten offen die Kontrolle über Hamastan übernehmen, hätte Israel jeden Grund, Freudenböller zu zünden. Denn für den Raketenbeschuss israelischer Städte könnte danach die Regierung in Kairo verantwortlich gemacht werden. (vgl. dazu auch Seite 2)

# Vorhang auf

Warum Jüdinnen in Deutschland nicht nur für die Gleichberechtigung in der Synagoge kämpfen sollten



Frauenpower: Seit Jahren wächst hierzulande die Zahl der weiblichen Gemeindevorsitzenden.

VON AYALA GOLDMANN

Unpräzise, nicht von persönlicher Eitelkeit getrieben und sozial engagiert: Mit Lala Stüsskind steht seit dieser Woche zum ersten Mal eine Frau an der Spitze der jüdischen Gemeinde zu Berlin. Dass die Erwartungen an die langjährige WIZO-Aktivistin so gewaltig sind, hängt nicht nur mit dem desaströsen Zustand der größten jüdischen Gemeinde Deutschlands zusammen, sondern auch mit Fähigkeiten, die traditionell eher Frauen als Männern zugeschrieben werden: Brüche zu kitten, Wogen zu glätten und das Wohl der Gemeinschaft stärker im Blick zu haben als das scheinbare Prestige, das der Vorsitz einer jüdischen Gemeinde in Deutschland mit sich bringen kann.

Womöglich sind die Berliner Hoffnungen berechtigt. Natürlich sind Frauen weder die besseren Menschen noch die besseren Juden. Doch seit Jahren wächst die Zahl der weiblichen Vorsitzenden jüdischer Gemeinden. Unter anderem in Bielefeld, Oldenburg, Braunschweig, Dortmund, Göttingen und Kassel haben Jüdinnen den Hut auf. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Doch generell ist das Bild ermutigend: Frauen, so hört man, seien in der Gemeindegemeinschaft weniger profilierungs- und streitsüchtig, arbeiteten konzentrierter und erfolgreicher in der Integration der Zuwanderer. Gerade in kleineren Gemeinden kommt es darauf an, dass die Mitglieder sich persönlich verstanden und angesprochen fühlen – eine Stärke der Frauen. Zwar nimmt die Zahl der weiblichen Führungskräfte ab, je dünner die Luft wird, Charlotte Knobloch, die Präsidentin des

Zentralrats der Juden, einmal ausgenommen. Unter den Vorsitzenden der Landesverbände oder in den anderen Gremien sind Frauen immer noch deutlich in der Minderheit. Dennoch könnte auch hier gelten, was die Vorsitzende einer Gemeinde im Norden Deutschlands sagt: „Ein ausgewogenes Mann-Frau-Verhältnis führt dazu, dass sich alle besser benehmen.“ Nicht nur in der Berliner Gemeinde ist es vor allem der rüde Tonfall, der viele Juden vor einem Engagement zurückschrecken oder an Austritt denken lässt.

Eine deutsche Merkwürdigkeit aber bleibt, dass die Zahl der weiblichen Gemeindevorsitzenden in den vergangenen Jahren stetig gestiegen ist, die Gleichberechtigung im Gottesdienst jedoch eine Forderung der Liberalen bleibt. In den USA sitzen Frauen und Männer in den meisten Synagogen selbstverständlich nebeneinander. Rabbinerinnen, Kantorinnen und weibliche Mohalot (Bescheiderinnen) gehören fest zum Gemeindeleben, ihre Autorität wird nicht in Frage gestellt. In Deutschland gibt es genau eine (!) fest angestellte Gemeindevorsitzende und eine einzige (!) Gemeindegemeindevorsitzende in Berlin. In den meisten jüdischen Gottesdiensten hierzulande werden Frauen nicht zur Tora aufgerufen. Die Mechize, der Vorhang, oder das Gitter zwischen den Geschlechtern ist immer noch fester Bestandteil vieler Synagogen. Oder: Die Frauen werden auf die Empore verbannt. Und wenn sie auf eine zivile Eheschließung verzichten und rabbinisch heiraten, kann es ihnen im Fall der Scheidung passieren, dass sie Jahre auf den Scheidebrief warten müssen – den nur der Mann ausstellen darf. Das orthodoxe Jerusalemer Oberrab-

binat wirft seine Schatten bis nach Deutschland – und auch andere Bewegungen geben deutschen Jüdinnen ein konkretes Beispiel, wie verheiratete jüdische Frauen aussehen haben: mit Scheitel und Perücke, wie in Polen im 16. Jahrhundert.

Dennoch können auch Frauen in orthodox geprägten Gemeinden ihren Einfluss stärker nutzen. Weibliche Minjanim und Rosch-Chodesch-Gottesdienste, meint zumindest eine Gemeindevorsitzende, würden von orthodoxen Rabbinern nicht automatisch boykottiert. Einen Versuch wäre es in manchen Gemeinden sicherlich wert.

Die Aktivistinnen der liberalen jüdischen Bewegungen wiederum sollten mehr Verständnis für die Gefühlslage vieler jüdischer Frauen aufbringen, denen Religion einfach nicht wichtig genug ist, um für die Gleichberechtigung der Frau in der Synagoge zu kämpfen. Das bedeutet ja nicht, dass diese Frauen auf Einfluss im Gemeindeleben oder auf ihre Berufstätigkeit verzichten wollen. Im Gegenteil. Und gerade Frauen, die ehrenamtlich in den Gemeinden arbeiten, weil ihr finanzieller Hintergrund ihnen dieses Engagement erlaubt, kennen die Bedürfnisse anderer Frauen oft sehr gut – und werden hoffentlich die Ersten sein, die sich für die Gründung, den Ausbau oder die Sanierung von Gemeinde-Kitas einsetzen – auch für Kinder unter drei Jahren. Denn die Gräben zwischen orthodoxen und liberalen, zwischen berufstätigen und ehrenamtlich arbeitenden Frauen sind diejenigen, die in den jüdischen Gemeinden wohl noch am einfachsten zu schließen sind.

Die Autorin ist Print- und Hörfunkjournalistin in Berlin. (vgl. auch Seiten 3 und 17)

## INTERVIEW

„Ich hoffe, das war ein Missverständnis“

Noach Flug über Fasching, die Schoa und den 27. Januar

Herr Flug, am Sonntag war der 63. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Wie haben Sie den Internationalen Holocaust-Gedenktag begangen?

FLUG: Ich war in Warschau und habe dort an einer Sitzung des Auschwitz-Rates teilgenommen. Es ging um das neue Ausstellungsprogramm des Museums. In Auschwitz selbst fand, wie in jedem Jahr, eine große Gedenkfeier mit Überlebenden und offiziellen Vertretern aus vielen Ländern statt.

Etwa zeitgleich zu der Gedenkfeier in Auschwitz zog in München ein Faschingszug durch die Stadt. Was empfinden Sie als Auschwitz-Überlebender dabei?

FLUG: Ich hoffe, dass das ein Missverständnis war. Hätten die Verantwortlichen dort nachgedacht, hätten sie ihren Faschingszug vielleicht einen Tag später veranstaltet. Aber doch nicht am 27. Januar! Diesen Tag zu einem des Gedenkens und Nachdenkens zu machen, geht schließlich auf die Initiative von Bundespräsident Roman Herzog zurück. Er hatte damals in Auschwitz mit Überlebenden darüber gesprochen. Ich glaube, es war und ist eine gute Idee. Die Vereinten Nationen haben dann 2005 den 27. Januar zum Internationalen Holocaust-Gedenktag erklärt. Vor diesem Hintergrund kann man nur sagen: Der Faschingsumzug in München zeugt von Gedankenlosigkeit und Intoleranz.

Hätte angesichts der Kritik nicht wenigstens die Stadt anders reagieren müssen?

FLUG: Noch einmal. Ich hoffe, dass es ein Missverständnis war. Dieser Tag ist kein Tag für Karnevalsveranstaltungen. Man kann nicht einerseits an das Geschehen in Auschwitz erinnern und gleichzeitig Fasching feiern. Aber das zeigt, dass wir uns beim gemeinsamen Gedenken immer noch auf dünnem Eis bewegen.

Die Veranstalter betonen, sie hätten zu spät von der Terminkollision erfahren, der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus stünde nicht im Kalender.

FLUG: Das ist ein Fehler, der Tag sollte natürlich in jedem Kalender vermerkt sein. Es gibt zwei Völker, denen das Gedenken und Nachdenken an diesem Tag besonders wichtig sein muss: Israel, das Volk der Opfer, und Deutschland, das Volk der Täter.

Mit dem Präsidenten des Internationalen Auschwitz Komitees sprach Detlef David Kauschke.



Noach Flug Foto: Marco Limberg

## INHALT

**ZEITGESCHENEN . . . . . 7**  
**Bis an die Grenze**  
Was dem Frieden im Nahen Osten im Wege steht – ein Überblick

**FORUM . . . . . 11**  
**Bedarf und Bedürfnis**  
Ist der 27. Januar als Gedenktag für die Nazi-Opfer gescheitert?

**GOTTESDIENSTE . . . . 14,15**  
**Schabbat**  
Freiheit, Geist und neues Recht

**GEMEINDEN . . . . . 20**  
**Träume**  
75 Jahre Kinder- und Jugendaliyah:  
Ein Interview und ein Erfahrungsbericht

